

Satzung des 1. Marburger Dartsport Club e.V.

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verein trägt den Namen „1. Marburger Dartsport Club“.
2. Er führt nach Eintragung in das Vereinsregister den Namenszusatz „eingetragener Verein“ in seiner abgekürzten Form „e.V.“.
3. Der Verein hat den Sitz in Marburg

§ 2 Zweck des Vereins

Zweck des Vereins ist die Pflege, Verbreitung und Organisation des Dartsports.

Diese wird insbesondere erfüllt durch die Ausrichtung und Teilnahme am regionalen und überregionalen Liga- und Turnierbetrieb.

Der Verein erfüllt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden.

§ 3 Eintragung in das Vereinsregister

Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 4 Eintritt der Mitglieder

1. Mitglied des Vereins kann jede voll geschäftsfähige, natürliche Person werden.
2. Die Mitgliedschaft entsteht durch Eintritt in den Verein.
3. Die Beitrittserklärung ist schriftlich vorzulegen.
4. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Der Eintritt wird durch Abbuchung und Eingang des ersten Beitrages, sowie der Aufnahmegebühr wirksam.
5. Die Ablehnung der Aufnahme durch den Vorstand ist nicht anfechtbar.
6. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht.

§ 5 Austritt der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind zum Austritt aus dem Verein berechtigt.
2. Der Austritt ist unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Wochen, nur zum Schluss eines Kalendervierteljahres zulässig.
3. Der Austritt ist dem Vorstand schriftlich zu erklären.
4. Zur Einhaltung der Kündigungsfrist (Absatz 2) ist rechtzeitiger Zugang der Austrittserklärung an ein Mitglied des Vorstandes erforderlich.

§ 6 Ausschluss der Mitglieder

1. Die Mitgliedschaft endet außerdem durch Ausschluss.
2. Der Ausschluss aus dem Verein ist nur aus wichtigen Gründen zulässig.
3. Über den Ausschluss entscheidet auf Antrag des Vorstandes die Mitgliederversammlung.

4. Der Vorstand hat seinen Antrag dem auszuschließenden Mitglied mindestens zwei Wochen vor der Versammlung mitzuteilen.
5. Eine schriftlich eingehende Stellungnahme des Mitgliedes ist in der, über den Ausschluss entscheidenden Versammlung, zu verlesen.
6. Der Ausschluss eines Mitgliedes wird sofort mit der Beschlussfassung wirksam.
7. Der Ausschluss soll dem Mitglied, wenn es bei Beschlussfassung nicht anwesend war, durch den Vorstand unverzüglich eingeschrieben bekannt gemacht werden.

§ 7 Streichung der Mitgliedschaft

1. Ein Mitglied scheidet außerdem mit Streichung der Mitgliedschaft aus dem Verein aus.
2. Die Streichung der Mitgliedschaft erfolgt, wenn das Mitglied mit zwei Halbjahresbeiträgen im Rückstand ist und diesen Beitrag auch nach schriftlicher Mahnung durch den Vorstand nicht innerhalb von drei Monaten, von der Absendung der Mahnung an, voll entrichtet. Die Mahnung muss mit eingeschriebenem Brief an die letzte dem Verein bekannte Adresse gerichtet sein.
3. In der Mahnung muss auf die bevorstehende Streichung der Mitgliedschaft hingewiesen werden.
4. Die Mahnung ist auch wirksam, wenn die Sendung als unzustellbar zurückkommt.
5. Die Streichung der Mitgliedschaft erfolgt durch Beschluss des Vorstandes, der dem Betroffenen Mitglied nicht bekannt gemacht wird.

§ 8 Mitgliedsbeitrag

1. Es ist ein Mitgliedsbeitrag zu leisten.
2. Seine Höhe bestimmt die Mitgliederversammlung
3. Der Beitrag ist halbjährlich im Voraus zu zahlen und für den Eintrittsmonat voll zu entrichten.
4. Eine Aufnahmegebühr wird erhoben. Die Höhe der Gebühr bestimmt die Mitgliederversammlung.
5. Der Vorstand ist berechtigt, auf Antrag eine Beitragserleichterung zu gewähren.

§ 9 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

- a) der Vorstand (§10 und §11 der Satzung)
- b) die Mitgliederversammlung (§12 bis §16 der Satzung)

§ 10 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus dem 1. Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Kassierer.
2. Je zwei Vorstandsmitglieder vertreten gemeinsam.
3. Der Vorstand wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung auf die Dauer von einem Jahr bestellt. Er bleibt bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstandes im Amt.
4. Verschiedene Vorstandsämter können nicht in einer Person vereinigt werden.

§ 11 Beschränkung der Vertretungsmacht des Vorstandes

Die Vertretungsmacht des Vorstandes ist mit Wirkung gegen Dritte in der Weise beschränkt (§26 Absatz 2 Satz 2 BGB), dass zum Verlauf, zur Belastung und zu allen sonstigen Verfügungen über Grundstücke (und grundstücksgleiche Rechte), sowie außerdem zur Aufnahme eines Kredites von mehr als 1.500 € (in Worten eintausendfünfhundert Euro) die Zustimmung der Mitgliederversammlung erforderlich ist.

§ 12 Kassenprüfung

Zusätzlich wird ein Kassenprüfer gewählt, der halbjährlich die Kasse überprüft. Seine Amtsdauer beträgt ein Jahr. Er darf nicht dem Vorstand angehören.

§ 13 Berufung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist zu berufen:
 - a. wenn es das Interesse des Vereins erfordert, jedoch mindestens
 - b. einmal jährlich
 - c. bei Ausscheiden eines Mitgliedes des Vorstandes binnen drei Monaten.
2. In der nach Absatz 1 Buchstabe b) zu berufenden Versammlung, in der der neue Vorstand gewählt wird, ist vom alten Vorstand eine Jahresabrechnung vorzulegen und über die Entlastung des alten Vorstandes Beschluss zu fassen.

§ 14 Form der Berufung

1. Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand schriftlich unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen ein zu berufen.
2. Die Berufung muss den Gegenstand der Beschlussfassung (= Tagesordnung) bezeichnen.
3. Die Frist beginnt mit dem Tag der Absendung der Einladung an die letzte bekannte Mitgliederanschrift.

§ 15 Beschlussfähigkeit

1. Beschlussfähig ist jede ordnungsgemäß berufene Mitgliederversammlung.
2. Zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins (§41 BGB) ist die Anwesenheit von über zwei Dritteln der Vereinsmitglieder erforderlich.
3. Ist eine zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins einberufene Mitgliederversammlung nach Absatz 2 nicht beschlussfähig, so ist vor Ablauf von vier Wochen seit dem Versammlungstag eine weitere Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen.
4. Die neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder beschlussfähig.
5. Die Einladung zu der weiteren Versammlung hat einen Hinweis auf die erleichterte Beschlussfähigkeit (Absatz 4) zu enthalten.

§ 16 Beschlussfassung

1. Es wird durch Handzeichen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens fünf der Anwesenden ist schriftlich und geheim abzustimmen.
2. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der erschienen Mitglieder.

3. Zu einem Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der erschienenen Mitglieder erforderlich.
4. Zur Änderung des Zwecks des Vereins (§2 der Satzung) ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich; die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen.
5. Zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins (§41 BGB) ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienen Mitglieder erforderlich.
6. Juristische Personen haben kein Stimmrecht und können nicht in den Vorstand gewählt werden.

§ 17 Beurkundung

1. Über die in der Versammlung gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen.
2. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden der Versammlung zu unterschreiben. Wenn mehrere Vorsitzende tätig waren, unterzeichnet der Versammlungsleiter die ganze Niederschrift.
3. Jedes Vereinsmitglied ist berechtigt, die Niederschrift einzusehen.

§ 18 Auflösung des Vereins

1. Der Verein kann durch Beschluss einer außerordentlichen Mitgliederversammlung (§15) aufgelöst werden.
2. Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand (§10 der Satzung).
3. Das Eigentum des Vereins in jeglicher Form soll bei Auflösung nach Ausgleich aller Schulden und Forderungen nicht an die Mitglieder verteilt werden, sondern fällt an den Verein Deutsche Blindenstudienanstalt e. V. (Blista), der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Beim Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke gilt Abs. 3 entsprechend.

§ 19 Inkrafttreten

1. Die Satzung tritt mit dem Beschluss der Mitgliederversammlung vom 30.07.2004 in Kraft.

Zusätzlich zu vorstehender Satzung gilt folgendes:

1. Zur Unterstützung des Vorstandes wird zusammen mit dem Vorstand ein erweiterter Vorstand gewählt, der aus dem 2. Vorsitzenden, und dem Pressewart besteht.
2. Der Vorstand und der erweiterte Vorstand haben gleiche Stimmrechte.
3. Je vier Mitglieder von Vorstand und erweitertem Vorstand vertreten gemeinsam.

Nähere Informationen können die Mitglieder des Vorstandes, bzw. des erweiterten Vorstandes erteilen.